

Sitzungsunterlagen

Sitzung des
Flächennutzungsplanausschusses
06.12.2016

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Einladung	5
Vorlagendokumente	7
TOP Ö 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL zur Einberufung einer Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses zu dem ursprünglichen Termin 23.11.2016	7
Antrag 0526/2016	7
Anlage_1_Antrag_DieLinke_Einberufung_Sitzung 0526/2016	11

Stadt Bergisch Gladbach

Datum

23.11.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

VV II-2 Stadtentwicklung, Komm.

Verkehrsplanung

Sachbearbeiterin

Franziska Wilbert

Telefon-Nr.

02202-141290

Tag und Beginn der Sitzung

Dienstag, 06.12.2016, 16:00 Uhr

Einladung

zur 9. Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses in der neunten Wahlperiode

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sollten Sie an der Sitzung nicht teilnehmen können, verständigen Sie bitte Frau Wilbert, Tel. 02202-141290

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Flächennutzungsplanes am 30.08.2016 - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Anträge der Fraktionen**
 - 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL zur Einberufung einer Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses zu dem ursprünglichen Termin 23.11.2016
Vorlage: 0526/2016**
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder**

N **Nicht öffentlicher Teil**

- 1** **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Flächennutzungsplanes am 30.08.2016 - nicht öffentlicher Teil**
- 2** **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 3** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4** **Anträge der Fraktionen**
- 5** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

gez. Berit Winkels
Vorsitzende

**Absender
DIE LINKE. mit
Bürgerpartei GL**

Drucksachen-Nr.

0526/2016

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL**

**zur Sitzung:
Flächennutzungsplanausschuss am**

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL zur Einberufung einer Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses zu dem ursprünglichen Termin 23.11.2016

Inhalt:

Mit Schreiben vom 14.11.2016 (eingegangen 15.11.2016) beantragte die Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei die unverzügliche Einberufung einer Flächennutzungsplanausschusssitzung zu dem ursprünglichen Termin am 23.11.2016, um die weitere Entwicklung der Flächennutzungsplanung mit zu verfolgen und frühzeitig entsprechende Gespräche mit der Bevölkerung vorbereiten und durchführen zu können. Hintergrund des Antrages ist das Schreiben vom 27.10.2016 zur Absage der planmäßigen Flächennutzungsplanausschusssitzung am 23.11.2016, welches die Verwaltung in Abstimmung mit der Ausschussvorsitzenden und dem Büro Post • Welters aufgrund der Vielzahl an Stellungnahmen und der mangelnden Erkenntnisse bis zur planmäßigen Sitzung verschickt hat. Die Verwaltung befindet sich derzeit immer noch in der Phase der Sichtung und Erfassung der Stellungnahmen, sodass noch keine Auswertungen oder neue Erkenntnisgewinne vorliegen.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme

Nach §47 Abs. 1 Satz 4 GO NRW i.V. mit § 1 Abs. 1 Satz 2 Geschäftsordnung ist ein Fachausschuss unverzüglich einzuberufen, wenn ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangt.

Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL wurde das erforderliche gesetzliche Quorum erreicht. Die zur Beratung zu stellenden Gegenstände sind ebenfalls angegeben. Es ist daher unverzüglich eine Sitzung des Flächennutzungsplanes einzuberufen.

Zu denen im Antrag stehenden Fragen kann die Verwaltung derzeit folgende Antworten geben:

Nach welchen Kriterien (vollständige Auflistung aller Punkte) plant die Verwaltung bisher die Auswertung aller Eingaben?

Da die Verwaltung sich noch in der Phase der Erfassung und Sichtung befindet, können noch keine Auswertungskriterien festgelegt werden. Dies erfolgt nach Sichtung und Erfassung gemeinsam mit dem Gutachterbüro Post • Welters.

Wie viele Eingaben hat es insgesamt gegeben, und wie sind diese thematisch aufgliedert nach Wohnen, Gewerbe und Freiraum (soweit das bisher ausgewertet wurde)?

Es sind rund 2.900 postalisch und rund 1.700 per E-Mail Stellungnahmen eingegangen. Eine inhaltliche Auswertung hat bislang nicht stattgefunden.

Wird eine Aufteilung der Eingaben nach problematisierten Themen vorgenommen (z.B. Folgen für Umwelt, Verkehr, Wohnqualität, etc.)? Wenn ja: welche?

Wie mit den Stellungnahmen im Detail umgegangen wird, wird erst nach Aufnahme und Sichtung aller Stellungnahmen entschieden.

Wird eine Aufteilung der Eingaben nach strittigen Planungen von Gewerbegebieten bzw. Bürgerinitiativen vorgenommen? Wenn ja: welche?

Wie mit den Stellungnahmen im Detail umgegangen wird, wird erst nach Aufnahme und Sichtung aller Stellungnahmen entschieden.

Wird eine Aufteilung der Eingaben nach Personengruppen und ihren Interessen vorgenommen (z.B. Familien, Berufstätige, Behinderte, Senioren, etc.)?

Wie mit den Stellungnahmen im Detail umgegangen wird, wird erst nach Aufnahme und Sichtung aller Stellungnahmen entschieden.

Schauen sie auf Ortslagen oder auch auf Verbände?

Wie mit den Stellungnahmen im Detail umgegangen wird, wird erst nach Aufnahme und Sichtung aller Stellungnahmen entschieden.

Wie verfahren sie mit gleichlautenden Eingaben? Werden diese nach ihrer Anzahl bewertet oder nach anderen Kriterien?

Gleichlautende Stellungnahmen werden zusammen ausgewertet.

Wie lautet der aktualisierte Zeitplan?

Derzeit geht die Verwaltung davon aus, dass der in der Sitzung des Flächennutzungsplanes am 30.08.2016 vorgestellte Zeitplan eingehalten werden kann.

Welche Informationen gibt über die abendlichen Bürgergespräche zu den unterschiedlichen Themen? Wie werden diese berücksichtigt?

Zurzeit werden noch die Protokolle der Bürgergespräche erstellt. Diese werden zeitnah auch im Internet veröffentlicht.

H. Flügge

Fraktion
DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



BÜRGER
PARTEI GL

DIE LINKE.

TELEFAX 02202141363

Stadt Bergisch Gladbach
Erster Beigeordneter
Harald Flügge
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

VII-2 Stadtentwicklung /
kommunale Verkehrsplanung

14.11.2016

Unser Zeichen: NO-2016-1114

Eingang	15. Nov. 2016
Zuständig	Walbert
Kopie	
z.d.A.	

Ihr Schreiben vom 08.11.2016
„Absage der Sitzung des FNP am 23.11.2016“
Antrag
Sitzung des Flächennutzungsplanungs-Ausschusses am 23.11.2016

Sehr geehrter Herr Flügge,

wir beantragen die unverzügliche Einberufung einer Flächennutzungsplan-Ausschusssitzung zu dem ursprünglichen Termin 23.11.2016.

Um die weitere Entwicklung der Flächennutzungsplanung mit zu verfolgen und frühzeitig entsprechende Gespräche mit der Bevölkerung vorbereiten und durchführen zu können, ist die Kenntnis des bisherigen Planungsstandes zur Sichtung und Erfassung der Stellungnahmen erforderlich. Nach § 3 Baugesetzbuch sind alle Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Entwurfsstadien am Planungsprozess zu beteiligen. Dabei ist die Form und die Intensität der Beteiligung als weitgehend offen anzusehen. Dieser Offenheit dient ein öffentlicher Ausschuss.

Aufgrund der erheblichen Beteiligung der Bevölkerung und der enormen Anzahl der eingereichten Stellungnahmen benötigen wir als Fraktion Die Linke. mit Bürgerpartei GL. auch eine längere Vorbereitungszeit. Das bedeutet allerdings, dass wir zum frühestmöglichen Termin eine Stellungnahme der Verwaltung zum aktuellen Sachstand der Auswertung erhalten. Wir erwarten uns von der Sitzung einen wichtigen Erkenntnisgewinn, der weit über die Ergebnisse der Auswertung der Eingaben hinausgeht: uns interessiert, nach welchen Kriterien und mit welchen Methoden die Eingaben ausgewertet werden sollen.

Daher bitten wir die Verwaltung, dem Ausschuss folgende Informationen zur Kenntnisnahme und Beratung vorzulegen:

- Nach welchen Kriterien (vollständige Auflistung aller Punkte) plant die Verwaltung bisher die Auswertung aller Eingaben?
- Wie viele Eingaben hat es insgesamt gegeben, und wie sind diese thematisch aufgegliedert nach Wohnen, Gewerbe und Freiraum (soweit das bisher ausgewertet wurde)?
- Wird eine Aufteilung der Eingaben nach problematisierten Themen vorgenommen (z.B. Folgen für Umwelt, Verkehr, Wohnqualität etc.)?
- Wenn ja: welche?
- Wird eine Aufteilung der Eingaben nach strittigen Planungen von Gewerbegebieten bzw. Bürgerinitiativen vorgenommen?
- Wenn ja: nach welchen?
- Wird eine Aufteilung der Eingaben nach Personengruppen und ihren Interessen vorgenommen (z.B. Familien, Berufstätige, Behinderte, Senioren etc.)?
- Schauen sie auf Ortslagen oder auch auf Verbünde?
- Wie verfahren sie mit gleichlautenden Eingaben?
- Werden diese nach ihrer Anzahl bewertet oder nach anderen Kriterien?
- Wie lautet der aktualisierte Zeitplan?
- Welche Informationen gibt es über die abendlichen Bürgergespräche zu den unterschiedlichen Themen? Wie werden diese berücksichtigt?



Thomas Klein
Fraktionsvorsitzender

